



Umweltschutz Fehlanzeige

Achim Czyliwick
Ratsmitglied für AUF Witten



Für Profite wird jedes Verbrechen begangen! Der VW-Skandal zeigt das besonders deutlich. Dabei hätte die Bundesregierung schon 2007 auf klare Hinweise reagieren können. *)

2007 wurde erstmals in einer **EU-Verordnung (EG-715/2007)** für Euro 5 und Euro 6 Fahrzeuge die **Funktionsfähigkeit der Abgasreinigung** unter **allen normalen Betriebszuständen** gefordert und **Abschalteinrichtungen** für unzulässig erklärt. Für Verstöße werden Sanktionen gefordert, die **wirksam, verhältnismäßig und abschreckend** sind.

In einer Pressekonferenz am **12. September 2007** enthüllt die DUH den **Betrag bei der Ermittlung von Abgaswerten und Spritverbrauch**, und **zwar aller namhaften Hersteller.**

Ungeachtet dieser Kritik eröffnet **Matthias Wissmann** (CDU) als Präsi-

dent des Verbandes der deutschen Automobilindustrie am selben Tag die von ihm stolz als „**Grüne IAA**“ benannte internationale Automobilausstellung in Frankfurt. Wissmann war zuvor Forschungs- und Verkehrsminister im Kabinett Kohl.

Zeitgleich entschied sich der VW-Konzern **bewusst dagegen** und beschloss **im gleichen Jahr, eine Betrugs-Software** einzusetzen!

Zahlreiche nachfolgende Veröffentlichungen und selbst durchgeführte Messungen der DUH belegen, wie die Automobilindustrie **vorsätzlich** das tatsächliche Ausmaß der Umweltvergiftung verschleierte und die Gesundheit von Millionen Menschen aufs Spiel setzt.

Regierung reagiert mit Freibrief für Vergiftung

Statt den Auffälligkeiten und nachgewiesenen Manipulationen nachzugehen, schafft die Bundesregierung ab 2010 die Abgasuntersuchung am Auspuffrohr ab und zieht stattdessen ausschließlich die „**on board diagnostic**“ (OBD) der Hersteller zur „Kontrolle“ heran.

Dieser **Freibrief für eine systemati-**

Inhalt

- 1/2 **Umweltschutz Fehlanzeige**
- 3 **Protestaktion**
- 4/5 **Leserbriefe**
- 6/7 **Fracking Erlaubnisgesetz**
- 8 **Sperrklausel voll daneben**
- 9 **100 Prozent Finanzierung**
- 10 **Gewalt an Frauen**
- 11 **TTIP verhindern**
- 12 **Kolumne**

sche Verbrauchertäuschung und Umweltvergiftung mit Werten bis zum 40fachen der zulässigen Grenzwerte betrifft unter anderem auch knapp 10.000 Fahrzeuge der Marke **Evobus** (Daimler), die im innerstädtischen Nahverkehr eingesetzt sind.

Beim **BMW 116i** explodieren bei Änderung der Prüfgeschwindigkeit auf dem Rollenprüfstand auf 130 km/h die Stickoxidwerte (NOx) um das 30fache, während sie bei der Standardprüfgeschwindigkeit von 120 km/h noch wundersamerweise eingehalten werden.

Im Februar 2011 spricht die DUH erstmals von **überhöhten und rechtswidrigen NOx** Werten auch bei VW, so beim **Passat Euro 6**.

Dennoch weigert sich die Regierung beharrlich „*die offensichtlichen Falschmeldungen der Industrie zum Schutz der Verbraucher zu überprüfen.*“

Am 18. September 2015 wird der Betrugsskandal in den USA bekannt. Bundeskanzlerin, Bundesverkehrsminister und die Bundesumweltministerin zeigen sich überrascht und erklären, jetzt erstmals von dem Problem zu hören.

Auch in Witten dieselbe Denkweise

Diese **vorgetäuschte Ahnungslosigkeit** findet man auch bei den unteren umweltpolitischen Aufsichtsbehörden, so beim PCB-Skandal bei *ENVIO* in Dortmund.

Auch in Witten wurden und werden kritische Nachfragen von *AUF Witten* zur Umweltvergiftung durch die *HP Pelzer Chemie*, zur Feinstaubbelastung durch das *Edelstahlwerk*, zur Luftverpestung durch *Degussa/Sasol*, zum Asbestskandal beim Abriss der *Wellershoff* Hallen in Stockum ... nach einem einheitlichen Motto behandelt: **Verharmlosen, Abwiegeln, Aussitzen!**

Seit Jahren veröffentlichen wir Beiträge zum Kampf des ehemaligen Chemiarbeiters Peter Spyrka um Entschädigung für seine Vergiftung bei der Firma *HP Pelzer Chemie*, in mehrerer Hinsicht ein besonderer Fall:

- als einziger Betroffener hat er Material von der Hallendecke auf Giftstoffe untersuchen lassen und damit die Missstände in der Produktion von *HP Pelzer Chemie* **eindeutig bewiesen**.
- Nach 19 Jahren Arbeit in vergifteter Umgebung ist er auf Anraten seiner Ärzte ausgeschieden. **Nur deshalb lebt er überhaupt noch**, wenn auch schwer gezeichnet.
- Er hat nicht klein beigegeben, sondern besteht darauf, dass die begangenen Umweltverbrechen **aufgeklärt und entschädigt werden**.

Als Ratsmitglied habe ich deshalb **schon im Jahr 2006** bei der Stadt Witten nachgefragt und folgende Antwort erhalten:

Sehr geehrter Herr Czulwick, nach eingehender Prüfung des von Ihnen dargestellten Sachverhalts teile ich Ihnen mit, dass die von Ihnen geschilderten Missstände hier nicht bekannt sind.
Das Staatliche Umweltamt Hagen und die Stadt Witten praktizieren seit Jahren eine enge Zusammenarbeit. Auch beim Staatlichen Umweltamt Hagen ist keine Häufung von Beschwerden über die Fa. *HP Pelzer Chemie GmbH* bekannt.

Damals, also 2006, waren bereits **28 Arbeitskollegen** von Peter Spyrka frühzeitig

verstorben. Mittlerweile sind es mindestens 60, kaum einer im Rentenalter.

Warum bekommt Peter Spyrka **kein Recht**, sondern wird von Berufsgenossenschaft und Rententrägern immer wieder abgewiesen? Weshalb hatten seine Eingaben beim Landtag, Bundestag und in Brüssel keinen Erfolg?

Dazu gaben wir schon im Jahr 2007 eine klare Antwort:

*„Weil mit der Anerkennung seiner Schäden nicht nur die Untauglichkeit des staatlichen Kontrollsystems gegenüber der Industrie zugegeben würde, sondern ein ganzes System der Unterordnung unter das ungezügelte Profitinteresse von Konzernen. Der Kampf von Menschen wie Peter Spyrka ist deshalb unser aller Kampf!“**)

Wie das funktioniert, wird im Bescheid, den Peter Spyrka zuletzt erhielt, zynisch deutlich: Nach Gutachten, die seine Erkrankung vielfach ignorierten, bekam er endlich einmal **klar bestätigt, dass er Isocyanaten ausgesetzt war und davon krank geworden ist**.

Zur Entschädigung reicht es trotzdem nicht! Angeblich seien die Veränderungen an seinen Bronchien nicht schlimm genug. Dabei wird **jede** Schädigung mit einer **eigenen Ziffer** untersucht, eine **Gesamtbeurteilung aller Vergiftungen durch einen anerkannten Toxikologen wurde bis heute abgelehnt**.

Unter den Tisch fällt, dass Chemievergiftungen Langzeitfolgen entwickeln. Ein **schwerkranker Mensch** wird so noch für stundenweise **arbeitsfähig** erklärt und damit um jegliche Entschädigung gebracht.

Zum Pelzer-Brand keine Antwort

Kurz nach dem Brand stellte ich am 26. März 2015 eine Anfrage an die Bürgermeisterin wegen einer **möglichen, sogar sehr wahrscheinlichen Gesundheitsgefährdung der Wittener Bevölkerung**. Außer einer Eingangsbestätigung und der Zusage einer schnellen Antwort nach erneutem Nachfragen **gibt es bis heute keine Auskunft**, welche Gifte freigesetzt wurden.

Dabei handelte es sich bei der abgebrannten Halle um **genau dieselbe Pro-**



Brand bei HP Pelzer Chemie am 23. März 2015

duktionslinie, an der Peter Spyrka und seine frühzeitig verstorbenen Kollegen gearbeitet haben.

Der Zusammenhang zum Abgas-Skandal

HP Pelzer Chemie ist weltweit aktiv als **Zulieferer** in der **Automobilindustrie** für Dämmmaterialien. Das Bekanntwerden der Häufung von Todesfällen in der Produktion und von umfangreichen Entschädigungen erkrankter Chemiarbeiter würde nicht nur an der Aktienbörse ein mittleres Erbeben auslösen. Zumal es schon Gutachten über gesundheitsschädliche Ausdünstungen in Neuwagen gibt.

Peter Spyrkas langdauernder Kampf **hat den Beweis erbracht**, dass die Stadt Witten, die Bezirksregierung in Arnsberg, die Berufsgenossenschaft, die Sozialgerichte und die Petitionsausschüsse der verschiedenen parlamentarischen Ebenen **sich genauso untätig und beschönigend verhalten wie die Bundesregierung**, wenn der Monopolindustrie Umweltverbrechen vorgeworfen werden.

Zu unserem umweltpolitischen Programm verweise ich auf unsere Homepage.

*) www.auf-witten.de – direkt auf der Startseite rechts unten können Sie die komplette Dokumentation zu Pelzer downloaden



Protestaktion der Montagsdemo für Familienzusammenführung und gegen Massaker (am Mikrophon Zülfü Altunok, vor kurzem von einem humanitären Einsatz aus Kobanê zurück)

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*



„Wir wollten nur Frieden“ steht auf einem handgemalten Schild, das einer der ca. 150 Demonstranten am 13. Oktober auf den Rathausplatz mitgebracht hat.

Eines von vielen Schildern und Bildern, die das Attentat auf eine Friedensdemonstration in Ankara verurteilten.

Zu sehen war auch ein großes Transparent mit der Forderung „Familien zusammenführen“ und viele Plakate zum Asylrecht, zu Fluchtursachen und gegen Waffenexport.

Wie kam es zu diesen beiden verschiedenen Themen auf einer einzigen Demo?

Ausländeramt in der Kritik

Aufgerufen zur Demo hat die Montagsdemo Witten, die seit Monaten immer wieder mit der Tatsache konfrontiert war, dass offensichtlich vom Witterner Ausländeramt die Familienzusammenführung der anerkannten Asylbewerber *Chalid Al Moussa* und *Akram Murad* verschleppt wird. Die beiden hatten sich vertrauensvoll an uns gewandt.

Telefonische Nachfragen beim Ausländeramt und ein Besuch gemeinsam mit Vertretern der Montagsdemo führten zu keinem Erfolg. Anträge auf Akteneinsicht beauftragter Anwälte blieben seit mehreren Wochen unbeantwortet. Da war klar, dass die Montagsdemo einen

Protest organisieren muss, um Öffentlichkeit herzustellen.

In ihrem Kampf werden die beiden auch vom Ehepaar Schubert unterstützt. Frau Schubert als pensionierte Lehrerin gibt Deutschkurse und hat wie ihr Mann Georg von Anfang an mitbekommen, wie das Ausländeramt arbeitet:

Statt gleich eine Zustimmungserklärung für die deutsche Botschaft auszustellen, sodass die vereinfachte Familienzusammenführung in den ersten drei Monaten zum Zuge kommen kann, lässt man die Asylbewerber über diese Möglichkeit im Unklaren.

Wenn dann die deutsche Botschaft in Beirut (Libanon), zu der sich die Familien unter vielen Gefahren begeben mussten, diese Zustimmungserklärung haben will, sind die drei Monate um und das Ausländeramt Witten stellt sich stur.

Auf unsere Presseinformation reagierte die Sprecherin der Bürgermeisterin äußerst betroffen und wies alle Vorwürfe zurück. **Wieso gibt man dann den Anwälten keine Akteneinsicht?** Das Asylrecht wird in der Praxis offensichtlich nicht so angewandt, dass den Leuten wirklich geholfen wird.

Das Attentat in Ankara

Mitten in die Vorbereitungen für die Protestaktion platzte die Nachricht des Attentats in Ankara, bei dem über hundert Menschen sofort den Tod fanden und rund 500 Teilnehmer zum Teil schwer verletzt wurden.

Es war keine Frage, dass die Montagsdemo auch gegen diesen faschistischen Anschlag auf Friedensaktivisten in die Öffentlichkeit gehen würde und zwar zu-

sammen mit kurdisch- und türkischstämmigen Witternern, wie in der Vergangenheit auch.

Seit langem organisieren Montagsdemo und *AUF Witten* immer wieder die Unterstützung der Demokratiebewegung in Kurdistan und den Widerstand der Region Kobanê gegen den Terror des IS.

Eine zweite Demonstration anzumelden wäre aber nicht richtig gewesen, um die Kräfte nicht zu zersplittern. Dafür die beiden kurdischen Familien aus Syrien im Regen stehen zu lassen und ihre Demo abzusagen, kam auch nicht in Betracht.

So ist im Ergebnis eine beeindruckende Demonstration von rund 150 Menschen zustande gekommen, die alle der Kampf um eine friedliche Zukunft und die Ablehnung von Bomben- und Staatsterror eint.

Diese breite Aktionseinheit von Montagsdemo, *AUF Witten*, Frauenverband Courage e.V., Mitgliedern kurdischer und türkischer Vereine und Organisationen, der *MLPD*, Familienmitgliedern und Freunden der beim Attentat zu Schaden gekommenen Friedensaktivisten und neu in Witten lebenden Flüchtlingen und Asylbewerbern kann nicht hoch genug bewertet werden. **Das entzieht der braunen Propaganda den Nährboden und schließt die Menschen zusammen.**

Schade, dass außer Ratsmitglied *Achim Czulwick* (*AUF Witten*) kein weiteres Ratsmitglied unserer Einladung zur Demo gefolgt ist.

Auch machte kein Vertreter der Stadtverwaltung von der Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch. Akteneinsicht für die Anwälte gab es bis jetzt auch nicht. Es gibt also noch einiges zu tun!

Zuschriften

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)

Bürgermeisterwahl: Nachlese von einem Menschen mit Behinderung

Nach der Wahl ist vor der Wahl! **Oder: Was bringt die Wahl der Bürgermeisterin, von der ich im Wahlkampf mit allerlei kulinarischen Genüssen verwöhnt wurde, uns Behinderten bis zur nächsten Wahl?**

Inhaltlich konnten beide Kandidaten hier nicht punkten. Es galt mir mit der Wahl *Leidemanns* den Kandidaten *Schwepe* zu verhindern. Bei *Leidemann* weiß man was man hat.

Behindertenpolitische Visionen waren auf keinem Wahlkampfplakat oder -stand erkennbar.

Da war mir das vor dem Bochumer Hauptbahnhof hängende Plakat des SPD-Oberbürgermeisterkandidaten *Thomas Eiskirch*, das ihn zusammen mit Behinderten zeigte, etwas sympathischer.

Auch hier wird man wohl erst wieder vor der nächsten Wahl das wahre Gesicht des Oberbürgermeisters *Eiskirch*

erkennen.

Nach der Wahl lässt sich *Sonja Leidemann* nun daran messen, ob sie für alle Bürgerinnen und Bürger, also auch für die mit einer Behinderung, eintritt und somit auch **deren Wohl und Wehe im Auge behält.**

Oder ob sie die Behinderten und damit auch mich vor der nächsten Wahl mit diversen Leckerchen abspeist?!

Denn: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

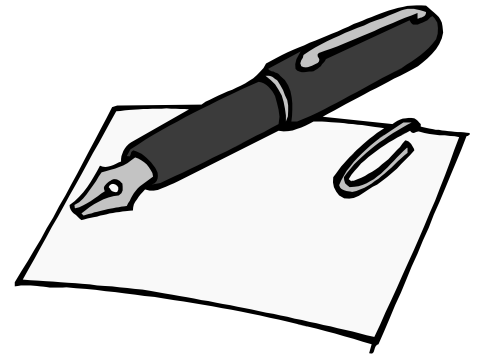
C.R., Witten

Sind wir nur ein lästiger Störfaktor?

Im Oktober hatte ich beim Leiter des Büros der Bürgermeisterin einen Termin.

Für eine sozialmedizinische Veranstaltung wollte ich mich bei der Bürgermeisterin nach der Anzahl der Flüchtlinge mit Behinderung erkundigen.

Die Besprechung wurde auf unerhörte Weise durch eine Mitarbeiterin der Wittener Stadtverwaltung gestört.



Zunächst erbat sie von dem genannten Büroleiter ein bestimmtes Protokoll, was ihr durch ihn dann auch ausgehändigt wurde.

Die Spitze aber wurde erreicht, als die städtische Mitarbeiterin ihn weiter in ein Gespräch verwickelte.

Ich beabsichtigte daraufhin meinen Termin abubrechen, da die Mitarbeiterin ganz offensichtlich dringendere und wichtigere Themen zu besprechen hat, als kurz zu warten, bis eine einfache Frage eines Bürgers beantwortet ist.

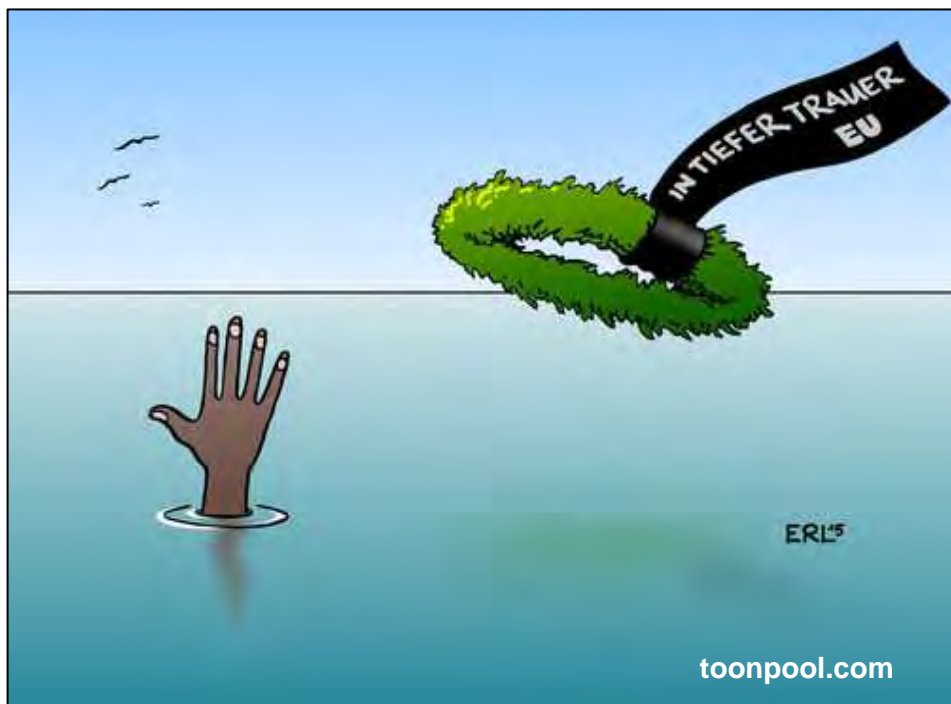
Das Ignorieren meiner Person war unübersehbar. Ich finde es gut, dass Ihr Vorgesetzter eine andere Haltung einnahm, meine Absicht verhinderte und die Mitarbeiterin in die Schranken wies.

Das hätte der Dame doch als Hinweis genügen sollen, denn wie kommt sie dazu, einen Bürger als lästig zu empfinden, für den sie doch eigentlich da ist und auch dafür bezahlt wird? Doch sie verließ wutschnaubend das Büro, ein Lernprozess war nicht zu erkennen.

Um dem Vorgesetzten bei seinem Bemühen, sich bürgerfreundlich zu Verhalten, zu unterstützen, habe ich mich brieflich an die Bürgermeisterin gewandt und die Überlegung ausgesprochen, ob es nicht eine stressärmere Beschäftigung für solch eine Mitarbeiterin gibt, die als öffentliche Person doch dem ratsuchenden Bürger gegenüber zum Wohlverhalten verpflichtet ist. Beispielsweise in ein publikumsarmes oder -freies Amt der Stadtverwaltung.

Noch besser wäre es, wenn die Mitarbeiterin sich bei mir entschuldigen und ihr Verhalten ändern würde.

C.R., Witten



Heuchelei und Verrat an Grundrechten

Ich möchte über das Abstimmungsverhalten des Bundestagsabgeordneten der SPD aus Witten informieren.

Über den Redebeitrag von **Ralf Kapschack** (MdB SPD) auf der Willkommendemo für Flüchtlinge und gegen den Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Bommern schreibt die örtliche WAZ:

Und solange die Ursachen für Flucht nicht beseitigt seien, dürfe es „keine weitere Abschottung“ geben, fordert Ralf Kapschack vorm Rathaus. „Wir brauchen den klaren Willen, Flüchtlinge gut und schnell zu integrieren.“ Es sei genug Platz da, „wenn wir nur wollen“. Und unter Applaus ruft er: „Kein Platz für Nazis und Rassisten in Witten.“

Die neueste Änderung des Asylrechts spricht eine **ganz andere Sprache**. Es wurde am 11.10.2015 beschlossen und ist die härteste Asylrechtsverschärfung seit 20 Jahren.

Es sieht unter anderem vor:

Erweiterung des Drittstaatenkatalogs (darunter Balkanländer in denen die Bundeswehr für die Sicherheit garantieren soll), Kürzung von Leistungen, Benachteiligung alleinreisender Minderjähriger.

MdB Ralf Kapschack hat dem Gesetz zugestimmt.

Beleg:

www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/grafik

Das war aber nicht die einzige verräterische Aktion an Grundrechten, auf die man sich sonst **vollmundig bei Reden** beruft.

Bekannterweise ist ja der erste Versuch einer Vorratsdatenspeicherung gescheitert. Was wurden damals in der Debatte nicht alles an verfassungsrelevanten Bedenken angeführt, zahlreiche Gefahren für die demokratischen Rechte der Bürger aufgezeigt, vor allem auch von SPD Abgeordneten und selbst dem Justizminister (SPD).

Doch beim zweiten Versuch der Bundesregierung, ein verfassungswidriges Gesetz über Vorratsdatenspeicherung verabschieden zu lassen, hat nur **ein** (!) SPD-Genosse dagegen gestimmt.

MdB Ralf Kapschack stimmte, wie zu erwarten, mit JA.

Quelle: siehe oben!

Bereits im März 2015 hat Ralf Kapschack auch der Pkw-Maut zugestimmt. Quelle siehe unten:

http://www.abgeordnetenwatch.de/pkw_maut-1105-720---abstimmungsverhalten_p_10.html#abst_verhalten

G.K., Witten

Die Vielfalt im Rat ist kein Problem, sondern eine Chance

Seit Aufhebung der Prozenzhürden auf kommunaler Ebene sind zahlreiche Bündnisse und Initiativen in ganz Deutschland in die Kommunalparlamente eingezogen und treten dort für eine alternative Politik ein. Sie verschaffen dort den Anliegen der Bevölkerung Gehör.

Sie decken Skandale auf, setzen sich für eine neue Politik ein. Alleine bei der letzten Kommunalwahl wären mit der Prozenzhürde 10 % der Wählerstimmen unter den Tisch gefallen, bei einer Wahlbeteiligung von 50 % gut 4.000 Menschen allein in Witten.

So hat *AUF Witten* in der Vergangenheit besonders **Umweltverbrechen** aufgedeckt und auch klare Forderungen gestellt für eine **alternative Finanzierung** wie die Aufhebung der Schulden für die Kommunen.

Diese Forderung wurde im Rat anfangs nur belächelt, danach als nicht existent behandelt. Doch gleichzeitig ein großes Wehklagen darüber, dass die Kommunen ihre Handlungsfähigkeit durch die Schulden und Unterfinanzierung verlieren. Jetzt will eine Superkoalition von SPD, Grüne und CDU im Landtag eine Verfassungsänderung vornehmen und wieder eine Prozenzhürde zu den Kommunalwahlen einführen. Wie passt denn das zusammen?

Angeblich geht es um die Wiederherstellung der *Arbeitsfähigkeit* der Parlamente?! Wie diese *Arbeitsfähigkeit* aussieht, konnte man angesichts unserer vielfältigen Enthüllungen über die Umweltverbrechen bei der Firma HP Pelzer Chemie und der bis heute nicht beantworteten Anfrage zum Pelzerbrand im März diesen Jahres sehen.

Das Thema ist im Rat bisher überhaupt nicht behandelt worden.

Das hat weder mit Arbeitsfähigkeit zu tun oder mir ihrer angeblich notwendigen Wiederherstellung. Sondern damit, den berechtigten Protest der Menschen abzuwürgen. Wie die 250.000 Menschen gegen TTIP in Berlin zeigten, geht das aber nicht so einfach.

U.W., Witten

Frackinggesetz oder doch gleich TTIP?

René Schlüter

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Zur Regelung des von uns hier schon des Öfteren kritisch hinterfragten Fracking hat unsere Regierung Anfang April einen Gesetzentwurf beschlossen.

Dieser sollte ursprünglich Ende Juni im Bundestag zur Abstimmung gebracht werden.

Aufgrund von aufgetretenen Differenzen innerhalb der Regierungskoalition wurde die Abstimmung vorerst auf nach der Sommerpause verlegt.

Diese ist nun schon länger vorbei ohne dass es zu einer Abstimmung gekommen wäre.

Im Folgenden möchten wir diesen Gesetzentwurf in Auszügen kritisch beleuchten und die möglichen Auswirkungen auf unsere kommunale Ebene bringen.

Außerdem möchten wir veranschaulichen in welchem Zusammenhang das TTIP-Abkommen (Freihandelsabkommen mit den USA) mit dem Fracking und wohl auch dem Gesetzentwurf steht.

Uneingeschränktes Fracking (?)

Das Frackinggesetz sollte wie gesagt der Erlaubnis und Regelung des Fracking dienen.

Bei einer aus Umweltschutzgründen so kritisierten Technik war unter Regelung eigentlich vor allem Regelung das heißt hier **Einschränkung der Umweltgefahren** zu erwarten. Mit Blick auf den Entwurf ergab sich aber **ein ganz anderes Bild**.

Es war **keine Beschränkung von Chemikalien** (Frac-Fluide) vorgesehen, ein **(Trink-)Wasserschutz war kaum vorhanden**, **Naturschutzgebiete sollten nur oberflächlich geschützt werden** (bei unterirdisch zu erwartenden Emissionen), usw. ...

Aufgrund von noch nicht durchgeführten Umweltstudien zu den Auswirkungen des Frackings wäre es etwaigen Geschädigten später sehr schwer gemacht worden im gesundheitlichen oder z.B. (Berg-)Schadenfall einen Zusammenhang mit dem Fracking zu beweisen.

Bei strittigen Fragen zum Fracking und auch seiner Erlaubnis sollte nämlich **eine Kommission entscheiden**. Und hier hatte man ebenfalls wohl eher nicht an eine Einschränkung des Fracking gedacht.

Die Kommission sollte in der Mehrheit mit Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), des Geoforschungszentrums (GFZ) Potsdam und des Umweltforschungszentrums (UFZ) Leipzig besetzt werden. **Von allen drei Institutionen ist übrigens eine befürwortende Haltung zum Fracking bekannt.**

Nach einem Rechtsgutachten wäre die Einsetzung einer solchen Kommission außerdem verfassungswidrig, da diese Experten nicht aufgrund eines irgendwie demokratischen Prozesses in ihre Position kämen und dennoch (politische) Entscheidungen für uns alle zum Fracking trafen.

Ein Gesetz also ohne **Einschränkungen verwaltet von einer verfassungswidrigen Kommission die an einer Einschränkung eigentlich auch nicht interessiert ist**

Fracking bei Dir zu Hause (1)

Im Moment geht es ja beim Fracking in unserem Bundesland **nur um wissenschaftliche Probebohrungen**.

Im Zusammenhang mit dem Fracking gilt jedoch schon die Erforschung von **förderbaren Potentialen** als wissenschaftlicher Zweck.

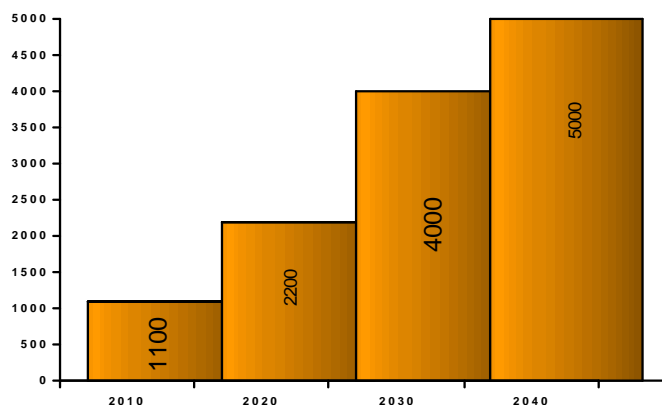
Das heißt Probebohrungen werden gemacht, **damit die Frackingindustrie später die förderbaren Potentiale auch gewinnbringend und Umwelt zerstörend nutzen kann.**

Über genehmigte wissenschaftliche Probebohrungen auch in Witten gab es ja schon Differenzen zwischen dem Kreistag und dem Regierungsbezirk.

Mit Blick auf den Gesetzentwurf hieße das in Zukunft mit Sicherheit auch **Fracking ohne Einschränkung in Witten mit all seinen Auswirkungen**, erlaubt von einer Kommission auf die wir und andere dann Betroffene nicht wirklich Einfluss nehmen könnten.

Fast könnte man erleichtert sein das man von diesem Gesetzentwurf nach der politischen Sommerpause nicht wieder gehört hat ...

Exxon-Prognose:
Fördermengen Unkonventionelles Erdgas in Europa



Die Profiterwartungen sind hoch

Fracking und TTIP

Vom viel kritisierten TTIP und seinem Abkömmling CETA (Freihandelsabkommen mit Canada) hört man jedoch weiterhin sehr viel. **In beiden Abkommen geht es im Grunde um eine Angleichung unserer gesetzlichen Bedingungen an die dortigen, um Konzernen das Investieren zu erleichtern.**

Auch das Fracking treffen wir hier natürlich wieder, denn in den USA und Canada wird ja bereits kräftig und nach Herzens Lust gefrackt und unsere Umweltauflagen würden natürlich gleich angeglichen.

Wir treffen auch auf eine in vielem sehr ähnliche Kommission, die hier **unabhängiges Schiedsgericht** heißt.

Dieses Schiedsgericht soll unter anderem auch über Schadensersatzansprüche von Konzernen entscheiden, die entstehen würden, wenn man an den übernommenen gesetzlichen Bedingungen etwas ändern wollte, wie z.B. Fracking zu verbieten.

Rechte für Probebohrungen haben sich die Konzerne nämlich bereits gesichert.

Fracking bei Dir zu Hause (2)

Interessanterweise würden also auch **TTIP- bzw. CETA-Abkommen Fracking ohne Einschränkungen in Witten bedeuten.**

Hier kann man dann in den USA und Canada schon mal Anschauungsunterricht nehmen, wie Landschaften ausse-



Bohrfelder Jonah Field of Western in Wyoming, USA



Frackwasser



Methan im Trinkwasser verwandelt den Wasserhahn in einen Bunsen-Brenner

hen, in denen gefrackt wird und welche sonstigen (Umwelt-)Auswirkungen zu erwarten sind.

Und wenn wir Angesicht dessen das Fracking bei uns verbieten wollten,

entscheidet das Schiedsgericht, auf das wir keinerlei Einfluss hätten, **über die Milliarden an Schadensersatz**, die dann an die Konzerne zu zahlen wären.



Wenn wir also wirklich nicht diese Bilder in unserer Umgebung sehen wollen und die hinlänglich bekannten Auswirkungen live erleben wollen, müssen wir auch und gerade in Witten dieses geplant *Frackingermächtigungsgesetz* und natürlich auch wie aus vielerlei anderen Gründen die *TTIP- und CETA-Abkommen* mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern.

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Sperrklausel voll daneben!

Ulrich Wagner

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Arbeitsunfähige Räte, überlastete Parlamente, sogar Unruhen im Stadtrat. Mit solchen Horrorszenarien betreiben SPD, Grüne und CDU in NRW die

Wiedereinführung einer Sperrklausel für Kommunalwahlen. Diesmal sollen es 2,5% sein, in der Hoffnung, dass so die durch die Verfassungsgerichte für alle Kommunalparlamente gekippte 5 Prozent-Hürde doch noch umgangen werden könnte.

Gründe nur vorgeschoben

Als Voraussetzung ihrer Zustimmung zur geplanten Verfassungsänderung hatte die CDU, ohne die keine notwendige Zweidrittelmehrheit im Landtag erreicht werden kann, den **Nachweis der Funktionsunfähigkeit der Räte** gefordert. Das war nämlich das Hauptargument in der damaligen Begründung des Verfassungsgerichtshofs NRW, eine Sperrklausel sei nur in diesem Fall zu rechtfertigen.

Von diesem Nachweis ist aber bei der CDU keine Rede mehr. Es gibt auch keine Untersuchung, ob es infolge des Wegfalls der Prozenzhürde irgendwelche Entscheidungsprobleme gegeben hätte.

Dennoch leistet die CDU, sogar als „Opposition“, den in NRW regierenden SPD und Grünen, Schützenhilfe.

Also, muss man schlussfolgern, offenbart die Einigkeit der etablierten Parteien, dass es weniger um die behauptete Funktionsunfähigkeit der Räte geht, sondern um **andere, offensichtlich gemeinsame Interessen**. Das geht soweit, dass von der ursprünglich geplanten 3 Prozent-Hürde abgegangen wurde, wohl auch aus Rücksicht auf die FDP.

Es ist ja eine Tatsache, die wir außerordentlich begrüßen, dass sich in den letzten Jahren in den Räten neue Kräfte präsentieren konnten, deren Wähler-

stimmen früher unter den Tisch gefallen sind. Das sind teilweise auch sehr kritische Stimmen. Dass so etwas die Etablierten stört, ist nachvollziehbar, aber nicht der Kern der Sache.

Neue Opposition

Der Kern ist, dass diese neuen Kräfte auch mit teilweise alternativen Konzepten einer neuen Art Politik zu verstehen und zu machen, sozusagen als Neue Opposition angetreten sind.

So versteht sich AUF Witten wie auch die anderen AUF-Bündnisse **strikt überparteilich**, weil so die kommunalen Probleme am besten gelöst werden können.

Unser Politikansatz ist eine **grundsätzliche Kritik an der Stellvertreterpolitik**, wonach der Wähler alle 5 Jahre seine Stimme buchstäblich abgeben soll. Nach dieser Logik kümmern sich dann die Stellvertreter um alles Weitere und der Wähler hat nichts mehr zu sagen.

Ein kleiner Ausgleich wird mit dem Instrument der Bürgerbeteiligung geboten. Wie das in der Praxis aussieht, haben wir in Witten mehrfach negativ erfahren müssen. Neben sehr hohen Hürden für die Durchführung besitzt selbst ein gülti-

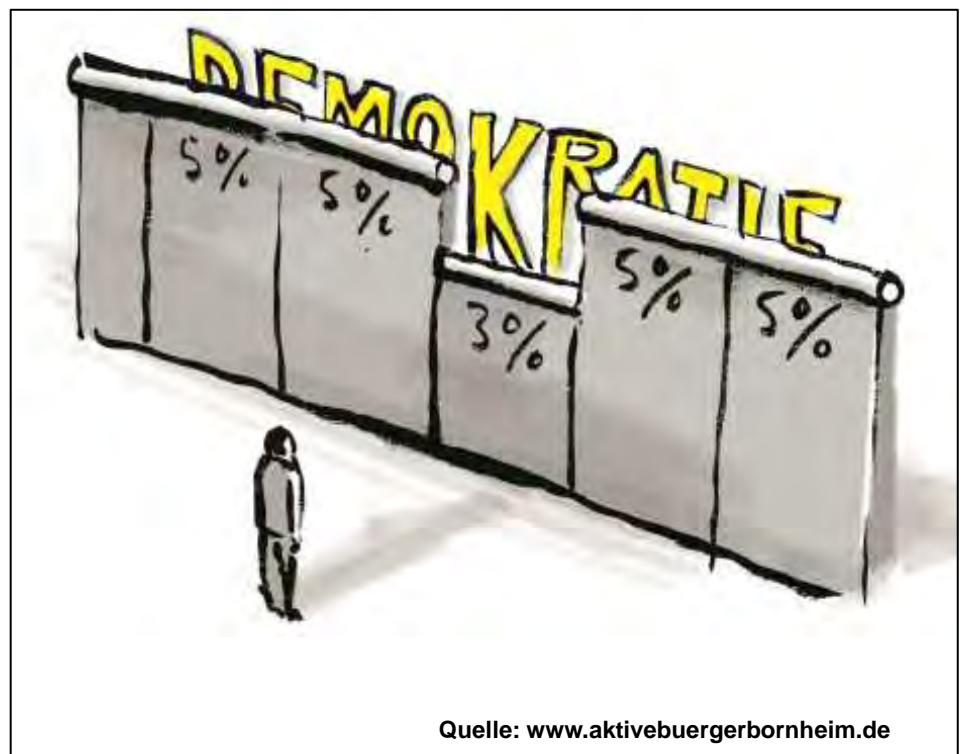
ger Bürgerentscheid nur zeitlich begrenzte Wirksamkeit, wie uns die Bebauung des Rathausplatzes mit dem **Celestianbau** täglich aufs Neue demonstriert.

Diese **Neue Opposition mit dem Kern „Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern“** ist also etwas Neues und stellt die **bisherige Arbeit der etablierten Ratsparteien grundsätzlich in Frage**. Sie ist geeignet, Menschen wieder zu gewinnen, die sich enttäuscht von der Politik abgewandt haben.

Die **gewählten Ratsmitglieder dieser Neuen Opposition** verstehen sich als **Sprachrohr** der Bewegungen vor Ort, verschaffen ihnen nicht nur stadtweite Aufmerksamkeit, sondern arbeiten an der Vernetzung mit anderen Initiativen.

Unsere feste Überzeugung ist es, dass im Rat nur das für die Menschen positiv beschlossen werden wird, was sie zuvor auf der Straße mit Demonstrationen aller Art selbst erkämpft haben.

Daran würde auch eine Sperrklausel nichts ändern. Dennoch dient sie dem Machtspiel der Etablierten und versucht eine neue Entwicklung aufzuhalten. Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Die Sperrklausel ist voll daneben!



Quelle: www.aktivebuergerbornheim.de



Abbau des Asylrechts

Am 11.10.2015 beschloss der Bundestag die **härteste Asylrechtsverschärfung** seit 20 Jahren. Sie sieht unter anderem vor:

- Erweiterung des Katalogs sogenannter „**sicherer Drittstaaten**“, aus denen Flüchtlinge **kein Asyl** erhalten. Darunter Balkanländer, in denen die Bundeswehr für die „Sicherheit“ garantieren soll.
- Kürzung von Leistungen
- Benachteiligung alleinreisender Minderjähriger.

Dadurch sollen die Kommunen entlastet werden, wie Bundestagesabgeordneter und Parl. Staatssekretär im BMVg **Dr. Ralf Brauksiepe** (CDU) der hiesigen Presse kundtat.

Auch der Wittener Bundestagsabgeordnete der SPD, **Ralf Kapschak**, stimmte diesem weiteren Abbau des Asylrechts zu.

Es ist nur vorgeschoben, die Kommunen mit dem **Abbau von Grundrechten**

entlasten zu wollen. Denkt man diese Argumentation zu Ende, dann schwämmen die Kommunen in Geld, wenn es gar keine Grundrechte mehr gäbe. Ein Blick in die heutigen Kriegsgebiete reicht, um das zu widerlegen!

Die Kommunen tatsächlich entlasten!

Beispiel Neukirchen-Vluyn. Hier wurde am 30.09.2015 folgende, von den Ratsfraktionen des überparteilichen Kommunalwahlbündnisses **"NV AUF geht's"** und **Bündnis 90/Die Grünen** eingebrachte, **Resolution zur Finanzierung der kommunalen Flüchtlingshilfe** vom Stadtrat Neukirchen-Vluyn **verabschiedet** (Auszug):

"Weltweit ist eine wachsende Zahl von Menschen aufgrund von Armut, Kriegen oder Umweltzerstörung auf der Flucht. 80 Prozent von ihnen verbleiben in ihrer Herkunftsregion, ein kleinerer und zugleich zahlenmäßig wachsender Teil sucht in den europäischen Ländern ein menschenwürdiges Leben.

Diese Entwicklung ist eine große Herausforderung. An ihrer Bewältigung beteiligt sich die Stadt Neukirchen-Vluyn unter großen Kraftanstrengungen mit einer ausgeprägten und wirksamen Willkommenskultur. ... Die Stadt Neukirchen-Vluyn erwartet vom Bund und Land die vollständige Übernahme aller Kosten für die kommunale Flüchtlingshilfe. In Deutschland sind genügend Ressourcen zur Aufnahme von Flüchtlingen vorhanden und die Kosten komplett aus den normalen Steuereinnahmen zu finanzieren ... "

In Gelsenkirchen forderte in der Ratsdebatte nur **AUF Gelsenkirchen** die volle Übernahme der Kosten der Flüchtlingsbetreuung durch **Bund und Land**. Dazu zwei Zitate der Stadtverordneten von **AUF GE**, **Monika Gärtner Engel** aus ihrem Redebeitrag.

Zur **Überraschung über die steigenden Flüchtlingsströme**, geäußert von der CDU, sagte sie:

„Das ... war absehbar. In einer Welt, in der ein kapitalistisches Wirtschaftssystem herrscht mit Hunger, Kriegen, Umweltzerstörung, muss man sich darüber nicht wundern. Nicht zuletzt die Rüstungsindustrie, die Konzerne haben ihren Anteil an diesen Zuständen.“

Unmissverständlich auch:

„Als das viertreichste Land der Welt hat die BRD Verantwortung für menschenwürdige Verhältnisse für die Flüchtlinge. Schweden und andere Länder nehmen einen weit größeren Anteil auf. Für AUF ist es selbstverständlich, dass Menschen, die Opfer geworden sind, hier menschenwürdig aufgenommen werden.“

Im Gegensatz zu Neukirchen-Vluyn stimmten die Grünen in Gelsenkirchen gegen die Resolution von **AUF GE**, und so wurde eine entschärfte Resolution der SPD angenommen. **Damit ist aber die Forderung nach einer 100 Prozent Finanzierung nicht vom Tisch**, denn die finanziellen Fragen bleiben ungelöst.

In Witten machen sich **AUF Witten** und **Montagsdemo** für eine 100 Prozent Finanzierung stark, auch aus dem Büro der Bürgermeisterin gab es zu diesem Punkt schon dezente Zustimmung.

Schließlich gibt es eine wachsende Kritik an der von oben verordneten Politik, die Kommunen als Melkkuh der Nation heranzuziehen.

Den Vertretern der GroKo vor Ort dürfte es auf Dauer immer schwerer fallen, tatenlos zuzusehen, wie Bund und Land immer mehr Aufgaben an die Gemeinden vergeben, ohne sie zu finanzieren.



Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen zusammen mit der Montagsdemo Witten am 23.11.2015, 17 Uhr Ecke Bahnhofstr. / Nordstraße

Dorith Barth

Frauenverband Courage e.V. Witten



Am 25. November wird weltweit der Tag gegen Gewalt an Frauen begangen. Mit der Wittener Montagsdemo werden wir das

am 23.11.2015 zum zentralen Thema machen.

Die Gewalt an Frauen ist auch in hoch-industrialisierten und sich modern und aufgeklärt gebenden Ländern wie Deutschland leider immer noch ein Thema. Es wird oft wie ein Tabu behandelt und auch unterschätzt.

So notwendig und hilfreich es für Betroffene ist, dass sie Hilfe erhalten, wenn sie Opfer **häuslicher Gewalt** werden, wäre es dennoch nicht richtig, das Problem der Gewalt an Frauen auf diesen Bereich einzugrenzen.

Am 12. November lädt der Frauenverband Courage e.V. in Stuttgart zu einer Veranstaltung mit dem Thema „**Prostitution ist Gewalt – und kein Gewerbe.**“ Auch die Couragegruppe in Witten war schon auf diesem Gebiet aktiv und hat Unterschriften gesammelt für die Initiative *Solwodi e.V.* zur Rücknahme der Legalisierung der Prostitution.

Außerdem unterstützten wir eine Initiative von *Terre des femmes* zur Verschärfung des Vergewaltigungsparagraphen für einen besseren Schutz der Opfer.

Doch selbst das wird der Gesamtheit des Problems noch nicht völlig gerecht. So muss das Augenmerk auch auf die

sogenannte **strukturelle Gewalt** gerichtet werden, also auf die gesellschaftlichen Bedingungen und Zwänge, denen speziell Frauen und Mädchen ausgesetzt sind.

Die Arbeit von Courage als überparteilicher und weltanschaulich offener Verband verbindet praktische Hilfe und Solidarität mit Betroffenen mit einem Engagement für die Änderung bestehender gesellschaftlicher, frauenspezifischer Unterdrückung und Ungleichheit.

Mit großem Elan unterstützen wir den Kampf insbesondere der kurdischen Frauen gegen den Terror der IS-Dschihadisten und treten für einen humanitären Korridor nach Kobanê ein.

Große Sympathie haben wir auch mit den Flüchtlingen, die ihre Kinder vor Krieg und Hunger retten wollen und bei uns Hilfe suchen.

„*Es ist schlimmer, im Krieg eine Frau zu sein als ein Soldat*“, sagte ein kongolesischer Offizier vor ein paar Jahren. Das gilt bis heute, ob in Syrien, im Irak, im Kongo, in Nigeria.

Der Frauenverband Courage fordert von der Bundesregierung, die **Kommunen massiv zu unterstützen bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufgaben.** Frauen und Kinder müssen sicher sein vor Übergriffen, ihre Privatsphäre in den Flüchtlingsunterkünften ist zu achten.

Es kann nicht angehen, dass für die Sicherheit und für den Schutz von Flüchtlingen vor rassistischen und neofaschistischen Übergriffen wie im sächsischen Heidenau angeblich nicht genügend Polizisten da sind, während es kein Prob-

lem war zur Abschirmung der G7-Gipfel-Teilnehmer in Oberbayern über 20.000 Polizisten zusammenzuziehen.



Wir unterstützen nach Kräften, dass sich die Frauenbewegung weltweit zusammenschließt mit dem Ziel einer besseren und friedlichen Zukunft.

So wollen wir auch aktiv zum Gelingen der **Weltfrauenkonferenz** vom 13. – 18. März 2016 in **Kathmandu/ Nepal** beitragen. Zum Beispiel sammeln wir Spenden für die Reisekostenkasse, damit auch aus Griechenland Frauen nach Nepal fahren können.

Dazu Sophia aus Aspropirgos:

„Inzwischen sind wir alle arbeitslos ohne staatliche Unterstützung. Darum wird es sehr schwierig für uns werden, nach Nepal zu gehen. Das Geld, das wir sammeln können, ist sehr wenig ... Wir erleben eine sehr schwierige Zeit. Aber wir kämpfen weiter für eine Verbesserung! Ich werde euch über die Situation in Griechenland auf dem Laufenden halten. Wir grüßen euch alle mit kämpferischen Grüßen!

Sophia“



Bundesweite Montagsdemo gegen TTIP in Berlin

Heinz Vöhringer, AUF Witten



Am Samstag, den 10.10.15 demonstrierten 250.000 Menschen in Berlin kämpferisch, unüberseh- und -hörbar, fröhlich und sehr ideenreich gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA & Co.

Kurz vor Beginn von Kundgebung und Demo war kein Durchkommen mehr zum Hauptbahnhof möglich. Es kamen viel mehr als erwartet – vor allem junge Menschen.

Insbesondere wurde gegen die umweltpolitischen Auswirkungen der Politik der Freihandelsabkommen protestiert.

Kapitalismus im Visier

Für viele Demonstranten war klar, dass man den Kapitalismus ins Visier nehmen muss, wenn man TTIP & CO zu Fall bringen will, die meisten Redner auf der Hauptbühne versuchten allerdings das Kunststück, genau das zu vermeiden.

Alle Umwelt-, Ernährungs-, Sicherheits-, Arbeitsschutzbestimmungen, die von unseren Vätern und Großvätern und natürlich auch Müttern und Großmüttern zumeist hart erkämpft wurden, stehen mit TTIP & Co zur Disposition, mehr als 600.000 Arbeitsplätze in Europa auf der Abschlussliste.

Montagsdemo mit dabei

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung war selbstverständlich mit dabei.

Wir haben unsere alljährliche Herbstdemonstration gegen die Regierung zusammengelegt mit dieser bundesweiten Großdemonstration, um die Kräfte gegen den Abbau ökonomischer, ökologischer und demokratischer Rechte zu bündeln und uns mit anderen sozialen Bewegungen zu verbinden.

Unser gemeinsamer Block der Montagsdemos mit dem **Offenen Mikrofon auf dem LKW** kam super an und wurde rege genutzt. Eingestimmt haben wir uns mit einer Auftaktkundgebung vor dem Hauptbahnhof.

Zusammenhang zur Flüchtlingspolitik

Die Sprecher der Bundesweiten Montagsdemo **Fred Schirrmacher** und **Ulja Serway** stellten in ihrem Redebeitrag auch den Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen die Freihandelsabkommen und der Flüchtlingspolitik der EU und Bundesregierung her:

„Während von Flüchtlingen verlangt wird, da zu bleiben wo sie sind und wenn sie dann doch kommen, sich gefälligst den herrschenden Gesetzen zu unterwerfen, gilt das für die Riesenkonzerne nicht. Sie fallen in ihrer Gier nach Mega-Profiten überall ein, sollen sich nicht an die in den jeweiligen

Ländern geltenden Regelungen halten müssen. Nein zu TTIP & Co!“

Ein guter Anfang

Leider schafften es viele Montagsdemos wegen der großen Menschenmassen nicht zum gemeinsamen Block der Bundesweiten Montagsdemo. Schade, aber gleichzeitig war die **Bundesweite Montagsdemo** damit mit weiteren **zehn kleinen Blocks im Demonstrationzug** vertreten. Unser Informationsstand bei der Abschlusskundgebung wurde gut besucht. **Viele erkundigten sich, ob es in ihrer Stadt eine Montagsdemo gibt.**

Alles in allem ein sehr erfolgreicher Tag. Er kennzeichnet einen **neuen Aufschwung des Widerstands** gegen die herrschende Politik.

Wir brauchen Ausdauer genauso wie wir es im Kampf gegen die Hartz-Gesetze schon gelernt und bewiesen haben. Aber wir müssen **stärker werden** und viele neue Mitkämpfer gewinnen.



Raus aus der Zwickmühle

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von AUF Witten



„Große Probleme wollen gemeinsam gelöst werden“ titelt der Chef der WAZ - Lokalredaktion im Wochenkommentar vom 24. Oktober.

Allgemein gesehen hat er da sicher Recht. Doch bezogen auf den Rat der Stadt Witten, wie im Kommentar geschehen, sehe ich schwarz.

Zu erwarten, dass „die Zeit für persönliche Ränkespiele und Eitelkeiten vorbei ist“, scheint mir nach den bisherigen Erfahrungen mit den bisherigen Akteuren, vor allem den Fraktionschefs von SPD und CDU eher fraglich.

Ob man „in der Sache weiterkommt“ wie es der Kommentator richtig fordert, ist aber nicht eine Frage des „genehmig-

ten Haushalts“, wie er schreibt und an dieser Frage entscheidet sich nicht, ob „Stillstand droht“.

Welchen Unterschied soll es denn machen, ob sich der Rat selbst mehrheitlich dafür entscheidet, der Liste der Grausamkeiten noch weitere Kürzungen kultureller und sozialer Leistungen hinzuzufügen und noch mehr Personal abzubauen, nur um einen von der Bezirksregierung genehmigten Haushalt zu erhalten? **Oder ob dies ein eingesetzter Sparkommissar aus Arnberg tun wird?**

Die Größenordnung der auf Witten zukommenden zusätzlichen finanziellen Belastungen infolge der notwendigen und richtigen Aufnahme von Flüchtlingen zeigt in aller Deutlichkeit, dass die bisherige, **gegen die Kommunen geführte, Berliner und Düsseldorfer Politik nicht mehr weitergeführt werden kann.** Sie blutet die Gemeinden aus und zwingt so auch Witten zur chronischen Überschuldung.

Spätestens jetzt wäre ein knallharter Widerstand gegen diese Politik angesagt, mit der langjährigen Forderung von AUF Witten nach Schuldenschnitt und endlich einer 100-Prozent-Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung durch Bund und Land! Dadurch käme auch Witten aus der finanziellen Zwickmühle.

Doch im Ernst – ist das von Leuten zu erwarten, die dasselbe Parteibuch haben wie die Regierenden in Berlin und Düsseldorf? Die kriegen doch schon Panik, wenn eine Bürgermeisterin nicht so tickt, wie sie wollen.

Gemeinsam die Probleme lösen, ein richtiger Anspruch. Wirklichkeit werden aber kann er unserer Meinung nach nur im Widerstand gegen die herrschende Umverteilungspolitik nach dem Motto:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Fr., 20. November:** Umwelt-AG, 18 Uhr, Café Jané
- **So., 22. November:** Jahreshauptversammlung, 11 – 14 Uhr, Sportlerklause Hörder Straße 303, Witten-Stockum
- **Mo., 23. November:** Gegen Gewalt an Frauen, 17 Uhr, Montagsdemo Ecke Bahnhofstraße/Nordstraße
- **Sa., 28. November:** Jahresabschlussfest, 18.30 Uhr, Zur 3. Halbzeit, Haldenweg 2, Witten-Heven
- **Sa., 05. Dezember:** Aktion zum weltweiten Umweltkampftag

Aktuelles und weitere Infos zu den Terminen auf unserer Homepage

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de